



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 31. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Juni 2024, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender
Martin Balasus (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Patrick Pender (CDU)
Anette Röttger (CDU)
Wiebke Zweig (CDU)
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Christopher Vogt (FDP)

Weitere Abgeordnete

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1864	
2.	Präsentation der Ergebnisse der „Internationalen Vergleichsstudie ICCS 2022: Schulische Demokratiebildung kann mehr“ durch Dr. Katrin Hahn-Laudenberg, Professorin für Fachdidaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Münster (<i>per Video</i>)	7
3.	a) Bericht des Bildungsministeriums zur Situation an der Bertha-von-Suttner-Schule in Geesthacht nach dem Vorfall an der Bushaltestelle vor der Schule	8
	Angebot des Bildungsministeriums	
	b) Bericht der Landesregierung über die Situation an der Geesthachter Bertha-von-Suttner-Schule	8
	Berichts Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/3312	
4.	Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Startchancen-Programms in Schleswig-Holstein	10
	Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) Umdruck 20/3322	
5.	Masterplan Berufliche Bildung – Zweiter Entwurf	12
	Vorlagen des Bildungsministeriums Umdrucke 20/3080 und 20/3329	
6.	Das dritte Paket zur Lehrkräftegewinnung darf nicht zu klein sein	13
	Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW Drucksache 20/1454 (neu)	
	Handlungsplan Lehrkräftegewinnung fortlaufend weiterentwickeln	13
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1524 (neu)	
	Handlungsplan Lehrkräftegewinnung – Das III. Paket	13
	Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/3114 (neu)	

7.	Schriftlicher Bericht über die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in der 6. Klassenstufe	14
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2097	
8.	Ein Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte in Schleswig-Holstein	15
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2132	
	Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte	15
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2169	
9.	Künstliche Intelligenz in Kunst, Kulturmanagement und Kulturvermittlung	16
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1973	
10.	Information/Kennntnisnahme	17
	Umdruck 20/3234 – Beschulung in den Berufen des Gartenbaus Umdruck 20/3237 – Ganztagsförderung in der Grundschule	
11.	Verschiedenes	18

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Änderung gebilligt, dass Punkt 7 auf Antrag der FDP von der Tagesordnung abgesetzt wird.

1. Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/1864](#)

(überwiesen am 23. Februar 2024)

hierzu: [Umdrucke 20/2919](#), [20/2929](#), [20/3008](#), [20/3112](#), [20/3125](#),
[20/3127](#), [20/3128](#), [20/3130](#), [20/3147](#), [20/3152](#),
[20/3154](#), [20/3157](#), [20/3159](#), [20/3160](#), [20/3163](#),
[20/3164](#)

Herr Mikloweit, Fachschaftsvertretung Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Kiel, trägt die Stellungnahme [Umdruck 20/3130](#) anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) vor.

Herr Dr. Möller-Dreischer, Professor und Dekan des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Kiel, und Herr Dr. Christensen, Professor und Präsident der Fachhochschule Kiel, tragen die Stellungnahme [Umdruck 20/3159](#) vor.

Dr. Martin Reckenfelderbäumer, Professor und Präsident der Dualen Hochschule Schleswig-Holstein, trägt die Stellungnahme [Umdruck 20/3160](#) vor.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Dr. Möller-Dreischer, das Jugendamt der Stadt Kiel teile die vorgetragenen Bedenken gegen ein obligatorisches Behördenpraktikum und sehe Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Die Fachhochschule Kiel plädiere dafür, auf das gesonderte Behördenpraktikum zu verzichten oder notfalls eine Kann-Regelung aufzunehmen (Stellungnahme [Umdruck 20/3159](#), Seite 1 unten). Der berufsbegleitende Studiengang BASA-Online laufe erst an; hierzu lägen noch keine Erfahrungswerte vor.

Herr Mikloweit stellt klar, dass sich Studierende vor Studienbeginn über die Anerkennungsmöglichkeiten und Studienbedingungen gründlich informierten. Während Studierende nicht

dem Prüfungsausschuss für die staatliche Anerkennung in Sozialberufen an der Fachhochschule Kiel angehörten, seien sie im Beirat erfreulicherweise integriert; ihre Amtszeit sollte aus Praktikabilitätsgründen allerdings auf ein Jahr begrenzt werden. – Herr Dr. Christensen stimmt diesem Änderungswunsch zu.

2. Präsentation der Ergebnisse der „Internationalen Vergleichsstudie ICCS 2022: Schulische Demokratiebildung kann mehr“ durch Dr. Katrin Hahn-Laudenberg, Professorin für Fachdidaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Münster (per Video)

[Umdruck 20/3246](#)

Frau Dr. Hahn-Laudenberg stellt die Ergebnisse der Studie vor ([Umdruck 20/3246](#)) und geht auf Nachfragen der Ausschussmitglieder ein (siehe Anlage 2).

3. a) Bericht des Bildungsministeriums zur Situation an der Bertha-von-Suttner-Schule in Geesthacht nach dem Vorfall an der Bushaltestelle vor der Schule

Angebot des Bildungsministeriums

b) Bericht der Landesregierung über die Situation an der Geesthachter Bertha-von-Suttner-Schule

Berichts Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 20/3312](#)

Bildungsministerin Prien berichtet, ein dreizehnjähriger Junge habe einen zwölfjährigen Jungen an der Bushaltestelle vor der Schule mit einem Messer verletzt. Der dreizehnjährige Täter sei zurzeit von der Schule suspendiert; über weitere Maßnahmen entschieden die Klassenkonferenz und die Schulkonferenz. Der Vorfall habe alle Beteiligten sehr mitgenommen und dürfe nicht ohne spürbare Konsequenzen bleiben; gleichzeitig wolle man – dem Jugendschutz folgend –, dass der Täter als ordentliches Mitglied an der Gesellschaft teilhaben könne.

Die Bertha-von-Suttner-Schule, die zu 80 Prozent von Kindern mit Zuwanderungshintergrund besucht werde und eine neue Schulleitung habe, sei grundsätzlich auf einem guten Weg.

Entscheidend sei, dass insbesondere bei Schulen, die mit erhöhter Gewaltbereitschaft zu kämpfen hätten, alle beteiligten Institutionen (Schule, Schulleitung, Schulsozialarbeit, Schulpsychologischer Dienst, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Polizei, Jugendgerichtshilfe und andere Institutionen) präventiv über langfristige Strukturen miteinander verbunden seien und an einem Strang zögen. Diese Akteure hätten sich heute Morgen zu einem Runden Tisch getroffen, um zu besprechen, wie sie zukünftig präventive Strukturen der nachhaltigen Zusammenarbeit organisieren könnten.

Die Bertha-von-Suttner-Schule erhalte als Perspektivschule jährlich einen zusätzlichen Betrag von rund 400.000 Euro, verfüge über eine wertschätzende Ausstattung und betreibe sogenannte Trainingscenter für verschiedene Jahrgänge, in denen einzelne Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit hätten, in kleinen Lerngruppen oder alleine mit besonderer Betreuung zu lernen, insbesondere wenn es Lernschwierigkeiten oder Schwierigkeiten mit der Impulskontrolle gebe. Im Moment gebe es auf dem und um das Schulgelände einen Sicherheitsdienst.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet die Ministerin, dass es an der Schule einen Schulsozialarbeiter gebe. Dass an Schulen nicht alle Lehrerstellen besetzt seien beziehungsweise besetzt werden könnten, gerade in bestimmten Regionen, sei misslich. Daher verstärke man die Anstrengungen zur Personalgewinnung (vergleiche Tagesordnungspunkt 6). Notfalls werde man auch über Versetzungen nachdenken müssen.

Die Ministerin betont noch einmal die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe zu verstärken. An Standorten mit erkennbar höherer Gewaltbereitschaft müssten Formate entwickelt werden, mit denen zu einem frühen Zeitpunkt Fallkonferenzen durchgeführt würden. Seit dem Vorfall in Heide arbeite man an einem entsprechenden Konzept, das man zu Beginn des Schuljahres 2024/25 vorlegen wolle.

Von 16:15 bis 16:30 Uhr setzt der Bildungsausschuss die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt in vertraulicher Sitzung fort.

4. Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Startchancen-Programms in Schleswig-Holstein

Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)
[Umdruck 20/3322](#)

Ministerin Prien trägt vor, in Schleswig-Holstein starteten alle 135 Schulen zum 1. August 2024 in das Programm. Der Sozialindex von 2019 werde für die bisherigen 63 PerspektivSchulen und die sieben Schulen aus dem Bund-Länder-Programm „Schule macht stark“ eingesetzt. Die Universität Bochum entwickle einen neuen Sozialindex für ganz Schleswig-Holstein, bei dem eine aktuellere Datenbasis genutzt und die Dimension „Armut“ noch stärker berücksichtigt werde. Auf dieser Basis sollten bis Mitte Juni 2024 bis zu 65 weitere allgemeinbildende Schulen ausgewählt werden. Dieser neue Index gelte zugleich für die Evaluation des Index von 2019. Zur Schulauswahl für das Startchancen-Programm nach dem neuen Sozialindex von 2024 würden folgende Indikatoren verwendet: Kinder- und Jugendarmut (Sozialraumindikator auf Basis der Quote der SGB-II-Dichte), Anteil der Schülerinnen und Schüler mit vorwiegend nichtdeutscher Familiensprache, Anteil der Schülerinnen und Schüler mit eigenem Zuzug aus dem Ausland, Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendarmut.

Darüber hinaus werde man gemäß der Vereinbarung mit dem BMBF auch berufliche Schulen berücksichtigen. Gefördert würden Lerngruppen aus den AV-SH beziehungsweise der BIK-DaZ.

Man werde ein Kuratorium und eine Steuergruppe im Bildungsministerium einrichten. Man habe sich auf bestimmte, messbare Ziele verständigt, die mit dem Programm erreicht werden sollten: Einführung einer datenbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung, Halbierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards nicht erreichten, Erhöhung der Zahl der erfolgreichen Übergänge und Abschlüsse, Steigerung von Wohlbefinden und Resilienz der Kinder und Jugendlichen, Ausbau der externen Kooperation im Sozialraum, Verbesserung der innerschulischen Kooperation in den multiprofessionellen Kollegien und der Zusammenarbeit mit den Eltern.

Um diese Ziele zu erreichen, habe man im Bildungsministerium ein eigenes Referat für das Startchancen-Programm „PerspektivSchule Kurs 2034“ gebildet und werde den Schulleitungen weitere Akademien, Austauschformate und Coaching anbieten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet die Ministerin, es gebe zwar eine stärkere Steuerung des Programms durch die drei Säulen – die Kofinanzierung in der ersten Säule, Investitionen, werde in allen Bundesländern von den Kommunen erbracht –, zu begrüßen sei allerdings die Fokussierung auf bestimmte Ziele.

Herr Daus, stellvertretender Referatsleiter im Bildungsministerium, teilt mit, eine Perspektiv-Schule erhalte im Schnitt jährlich einen Betrag von 350.000 Euro.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. Masterplan Berufliche Bildung – Zweiter Entwurf

Vorlagen des Bildungsministeriums
[Umdrucke 20/3080](#) und [20/3329](#)

Ministerin Prien und Herr Krüger, Direktor des SHIBB, erläutern den Masterplan Berufliche Bildung (Umdruck 20/3329).

Der Ausschuss nimmt beide Umdrucke zur Kenntnis.

6. Das dritte Paket zur Lehrkräftegewinnung darf nicht zu klein sein

Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW
[Drucksache 20/1454](#) (neu)

Handlungsplan Lehrkräftegewinnung fortlaufend weiterentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1524](#) (neu)

(überwiesen am 13. Oktober 2023)

Handlungsplan Lehrkräftegewinnung – Das III. Paket

Vorlage des Bildungsministeriums
[Umdruck 20/3114](#) (neu)

Ministerin Prien stellt die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung vor ([Umdruck 20/3114](#) (neu)).

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, die beiden Anträge für erledigt zu erklären, und nimmt [Umdruck 20/3114](#) (neu) zur Kenntnis.

7. Schriftlicher Bericht über die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in der 6. Klassenstufe

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/2097](#)

(überwiesen am 23. Mai 2024 zur abschließenden Beratung)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der FDP auf die nächste Sitzung vertagt.

8. Ein Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2132](#)

Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2169](#)

(überwiesen am 23. Mai 2024 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

Der Bildungsausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 13. Juni 2024 zu benennen.

9. Künstliche Intelligenz in Kunst, Kulturmanagement und Kulturvermittlung

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1973](#)

(überwiesen am 23. Mai 2024)

Der Bildungsausschuss beschließt, ein Fachgespräch zu führen. Die Fraktionen werden gebeten, Expertinnen und Experten bis zum 13. Juni 2024 zu benennen.

10. Information/Kennntnisnahme

- [Umdruck 20/3234](#) – Beschulung in den Berufen des Gartenbaus
- [Umdruck 20/3237](#) – Ganztagsförderung in der Grundschule

Der Bildungsausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Die nächste Ausschusssitzung findet am 11. Juli von 13 Uhr bis 18 Uhr 2024 statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17:35 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer